

Baruther Anzeiger

Veröffentlichung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.
Donnerstag: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreispaltige Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mart).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage

Nr. 105 Dienstag, den 2. September 1930

Reichswehr und Sowjetrußland.

Der Selbstmord der Frau Amlinger, der Witwe des höheren Oberleutnants im Reiterregiment 9 Amlinger, ist seit einem großen Teil der Presse zu einem „Fall Amlinger“ geworden. Denn zunächst hieß es, der Oberleutnant Amlinger sei seinerzeit bei einem Reitturnier tödlich gestürzt, später habe er sich heraus, daß er bei einem Flug in Sowjetrußland verunglückt ist. Daran knüpft sich in vielen Kreisen der deutschen Presse eine

Scharfe Kritik an der Reichswehr.

In Verbindung mit dem Rücktritt des Generals Seyde, des Chefs der Heeresleitung, wird wiederum die Frage Reichswehr und Sowjetrußland“ erörtert. Man will nämlich wissen, daß General Seyde starke Bestrebungen in der Reichswehr, die auf eine engere Zusammenarbeit des deutschen Heeres mit Sowjetrußland hinabzielen, nicht mitmachen wollte, und deshalb seinen Rücktritt eingereicht habe. Als Nachfolger nennt man heute General Schleicher oder General von Hammerstein. Beide sollen, so sagt man vielen Vätern, schon seit langem eine Zusammenarbeit mit der sowjetrussischen Armee angebahnt haben. Als neuesten Beweis dafür sieht man den Fall Amlinger an und bringt die üblichen Mißbräuche des Oberleutnants in Sowjetrußland als der deutsch-russischen Zusammenarbeit in Verbindung. Nun erschien vor einiger Zeit in der „Magdeburger Zeitung“ ein Aufsatz, der sich mit dem Thema Reichswehr und Sowjetrußland“ beschäftigt, und als dessen Verfasser man den voraussichtlichen Nachfolger Seydes, den General von Hammerstein anzusehen gewillt ist. In dem Artikel heißt es u. a.:

Die Reichswehr ist im Kampf gegen den Kommunismus entfallen.

„Die Reichswehr ist im Kampf gegen den Kommunismus entfallen. Sie war niedergeworfen, als Deutschland das Versailler Diktat empfing. Damals hat es wohl Stimmungen gegeben, die behaupteten, sich mit dem geschlagenen Gegner zu veröhnen und sich die hoffnungsvollste Idee in die Arme zu werfen, um mit Hilfe Russlands, der einzigen Mächte Europas außerhalb des Versailler Systems, den Freiheitskampf aufzunehmen. Während des Vordringens der russischen Heere nach Polen stand die „Nationalsozialistische Bewegung“ auf ihrem Höhepunkt. Seit dem Herbst 1923 ist der Gedanke des „Nationalsozialismus“ tot. Niemand hat die Reichswehrleitung die kommunistischen Bestrebungen gebilligt. Auf diesem Standpunkt steht die Reichswehr heute noch. Die Bestrebungen des Kommunismus, der 3. Internationale, bekämpft sie aufs schärfste. Und wenn überhaupt wird, wie tiebe irgenwelche Sonderpolitik gegenüber Rußland, so ist das in jeder Beziehung falsch.“

Politik betreibt die Reichswehr überhaupt nicht.

„Politik betreibt die Reichswehr überhaupt nicht, sondern die Richtlinien für ihr Handeln empfängt sie von der Reichsleitung. Gegenüber Rußland sind es dieselben wie gegenüber jedem Staat, zu dem das Deutsche Reich gute Beziehungen unterhält: wir suchen militärisch von ihm zu lernen und zeigen seinen Offizieren auch, was wir militärisch können, ebenso wie wir es mit Schweden, Spanien, der Schweiz, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und anderen halten. Die Sowjetunion etwa anders zu behandeln als jene Staaten, wäre unnützlich und gefährlich.“

Weite und maßgebende Kreise der deutschen Wirtschaft, die man über ihre Einstellung zur diesjährigen Herbstmesse, insbesondere angeht der wirtschaftlichen Lage, befragt hat, erklärten, daß sie voll Zuersticht seien für eine Belebung des gesamten Geschäfts. Auch die Ziffer der Ausstellenden gibt zu dieser optimistischen Haltung Anlaß.

25. Deutscher Mietertag.

Dresden. „Die Wohnungsfrage eine Kulturfrage“ war das Thema, das Reichstagspräsident Loh für seinen Festvortrag auf dem 25. Deutschen Mietertag gewählt hatte. Die erste Voraussetzung für eine Wohnung, die den kulturellen Bedürfnissen entspreche, sei ihre engere Verbundenheit mit der Natur, die auf verschiedene Weise gesucht werden kann, sei es durch das Nächstliegende, das Ein- und Zweifamilienhaus und den Flachbau, der das Hochhaus verdränge, sei es durch das Städtchen, das Garten, sei es durch Mehrzweck- und richtige Verteilung der Parks, Promenaden und Gärten und durch günstige, billige Verkehrsmitel, die den Zugang zur Natur erleichtern. Eine weitere Voraussetzung sei der genügende Umfang der Wohnung nach Zahl der Räume und ihrer Größe. Daß in Kleinwohnungen und durch Mansarden ein kulturelles Leben nicht aufkommen könne, sei selbstverständlich.

Der Vertrag auf böhmischen Füßen.

Poincaré fürchtet das Gespenst der Revision. In einer Berliner Zeitung nimmt der ehemalige Präsident der französischen Republik Poincaré unter der Ueberschrift „Im Osten nichts Neues“ zu der Frage der Revision der Ostgrenzen Stellung. In dem Artikel weist Poincaré darauf hin, daß die Ablehnung der von Clemenceau gewünschten Sicherheitsverträge durch Amerika und England zu einem Versehen der Hauptfälle von Versailles geführt habe. Trotzdem sei Frankreich bestraft gewesen, „den Sempel des Friedens“ (Versailler Vertrag) zu erhalten. Der Verzicht auf die Verpflanzung der sogenannten Kriegsverbrecher, die Annahme des Dawes-Planes, des Young-Planes und die vorzeitige Räumung des Rheinlandes — das alles habe nach Poincaré immer wieder das Gespenst der Revision in unmittelbare Nähe gebracht. Unter Hinweis darauf, daß Deutschland sich durch Unterzeichnung des Kellogg-Paktes den Weg zu einer Gewaltfreierhandlung verbannt habe, untersucht Poincaré, ob die vertraglichen Möglichkeiten einer Veränderung der Ostgrenze und sagt, außer dem Artikel 19 gebe es noch einen Artikel 5, auf Grund dessen die Entschädigungen des Saager Gerichtshofes oder des Völkervertrages einstimmig gefällig werden müßten. Es genüge der Widerstand Polens, und Artikel 19 habe keine Möglichkeit, ins Spiel zu treten. Außerdem sei aber auch zu bezweifeln, daß man jemals für den Korridor oder Oberschlesien eine Lösung finden werde, die besser als der gegenwärtige Zustand wäre und ebenso dem Standpunkt des Reiches wie dem Polens gerecht werden würde.

Wahlen und Parteibewegung.

2,8 Millionen Mark kosten die Reichstagswahlen. Die durch die Reichstagswahlen bei den Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden entstehenden Kosten (barem Auslagen) werden in der Hauptsache vom Reich getragen. Das Reich erstattet den Ländern die bei ihren Behörden entstehenden Kosten voll und vergütet den Gemeinden vier Fünftel ihrer Aufwendungen, während ein Fünftel von den Gemeinden selbst getragen wird. Mit der Reichstagswahl September 1930 werden nur die Landeswahlen in Braunschweig verbunden. Dementsprechend werden die Aufwendungen des Reiches für diese Wahl höher sein. Sie werden auf 2 350 000 M., und die Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand auf 2 800 000 Mark geschätzt.

Reichsaussenminister Dr. Curtius erlitt auf einer gemeinsamen Wählerversammlung von Volkspartei und Staatspartei in Baden-Baden einen Ohnmachtsanfall und konnte seine Rede nicht zu Ende führen. Dr. Curtius wird keine Wahlreden mehr halten und ist nach Berlin zurückgekehrt.

Auf einer nationalsozialistischen Wahlkundgebung in Berlin sprach General Litzmann. Die deutsche Erfüllungspolitik mit ihrer Krönung, dem Young-Plan, habe das deutsche Volk bis an den Abgrund gebracht. Alle Versprechungen der Regierung hätten sich als hoch und leer erwiesen. Die R. S. D. A. B. verpöchte nichts als das, daß sie im Kampf für Deutschlands Ehre und Freiheit nicht nachlassen werde, bis das Ziel erreicht sei. Ferner sprach der thüringische Staatsminister Dr. Friedl. Deutschland stände vor einer Schicksalswende. Das parlamentarische, marxistische System habe seine Unfähigkeit bewiesen und sich selbst sein Grab gegraben.

In Frankfurt am Main ist ein Streit zwischen dem Jungdeutschen Orden und dem Reichsbanner ausgebrochen. Der Vorsitzende des Frank-

furter Reichsbanners hat sein Amt niedergelegt. Als Begründung wird angegeben, daß bei einer Versammlung der Staatspartei Jungdeutscher und Reichsbanner erschienen waren und dabei der stellvertretende Kanzler des Jungdeutscher, Hermann, gesagt habe: „Hier sehen sich Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot, das wir mit Stolz tragen, brüderlich vereint.“ — Minister a. D. Koch-Weser sprach in Krefeld in einer Versammlung der Staatspartei, zu der zahlreiche Nationalsozialisten erschienen waren. Die Berechtigung der Staatspartei im jetzigen Augenblick leitete der Redner daraus her, daß sich das deutsche Volk in den letzten zwölf Jahren sehr wenig reformbereit erwiesen habe. — In Magdeburg erklärte Staatspräsident a. D. Dr. Gumbel für die Staatspartei, eine Neuzugang des öffentlichen Lebens in Deutschland sei durch Sammlung aller verantwortungsbehafteten Kräfte notwendig. Arthur Mahrt führte aus, Deutschlands Rettung könne nur durch das deutsche Volk geschehen. Es gebe darum, dem deutschen Volk einen neuen Begriff von seinem Staat zu geben.

Der deutschnationale Parteiführer, Dr. Eugen Berger, erklärte in Bremerhaven, wenn Reichsminister Dr. Brüning 55 deutschnationale Reichstagsmandate erwarte, so sehe er, Eugen Berger, keine Hoffnung noch höher. Er hoffe, daß die Deutschnationalen zusammen mit den Nationalsozialisten mit mindestens 150 Mandaten in den Reichstag eingehen werden. Mit Hilfe aller Beeinflussungspolitik hätte die Reichsregierung von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie verhindert, daß der Young-Plan eine Erleichterung für die deutsche Wirtschaft bringen würde. Das habe sich als Lüge und Trug herausgestellt. Mit der Annahme des Dawes-Vertrages habe das Land begonnen. Wenn die falsche Politik des Reichs-Landbundes, der als Berufsorganisation statt sein müsse, weitergetrieben werde, dann müsse aus dem Lande heraus die Forderung erhoben werden: „Her mit anderen Führern, die eine bessere Politik verfolgen.“ — Sozialprediger D. Doehring hielt in einer deutschnationalen Versammlung in Dresden seine erste Wahlrede. Er wandte sich gegen das Zentrum, das in Preußen den Kulturholismus unterstütze, und keine Bedenken trage, seine Geschäfte mit der Sozialdemokratie zu machen. Deshalb wendeten sich die nationalen Katholiken vom Zentrum ab und fanden sich mit den nationalen Protestanten in der vaterländischen Front der Deutschnationalen Volkspartei zusammen.

In Berlin fand eine Besprechung mit volksparteilichen Pressevertretern statt. Herr v. Raumer ging auf die Mindereinnahmen von Steuern ein und auf die Not der Wirtschaft. Gouverneur Dr. Schöne hielt die Möglichkeit einer Klärung der Grenzfragen im Osten im Augenblick noch nicht für möglich. Gegenüber den englischen Bestrebungen auf Annetierung von Ostafrika müsse die Reichsregierung energisch einschreiten. Herr v. Kardorff unterstrich die völlige Unmöglichkeit eines Zusammenschlusses der Volkspartei mit den Nationalsozialisten. Das Beispiel in Thüringen sei nur eine lokale Zwangssache.

Neuwahlen zu den polnischen Parlamenten.

Warschau. Durch Verordnung des polnischen Staatspräsidenten sind der Sejm und der Senat aufgelöst worden. Die Neuwahlen zum Sejm sind auf den 16. November, die zum Senat auf den 23. November festgesetzt worden. Die Auflösung wurde in dem unter Vorbehalt von Pilsudski abgehaltenen Ministerrat beschlossen. Nach der Sitzung begab sich Pilsudski in das Schloß, wo der Staatspräsident das Dekret über die Auflösung unterzeichnete.

Zollvereinbarungen mit Finnland.

Zwischen der deutschen und der finnischen Regierung ist über die Auseinandersetzungen, die wegen des Butterzolls entstanden waren, und die für die deutsche Handelspolitik eine sehr große Bedeutung haben, eine Vereinbarung zustande gekommen. Es ist folgendes vereinbart worden: Wird der neue Vertrag nicht angenommen, so tritt nach der Kündigung des alten Vertrages, die unbedingt durchgeführt wird, ein vertragsloser Zustand in Kraft. Ein zwischen Deutschland und Finnland bereits vereinbarte Zusatzabkommen über den Butterzoll und den Käse, das eine Bindung auf fünf Jahre für den Käse und für den Butterzoll auf sieben Jahre vorsah, kommt nicht zur Durchführung.

Der neue Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, aber mit der Möglichkeit, daß er mit einer Frist von sechs Monaten mit dem Ablauf des dritten Vertragsjahres gekündigt werden kann. Nach dem neuen Vertrag fallen die Zollfestsetzungen für Butter und Käse fort. An ihre Stelle tritt eine Vereinbarung über Kontingente, und zwar in der Form, daß Finnland jährlich 5000 Tonnen Butter zu einem Zollfuß von 50 Mark, dem jetzigen autonomen Zollfuß, einführen kann. Dieser Zollfuß ermäßigt sich vom vierten Jahr auf 40 Mark. Außerdem ist ein Käsekontingent in Höhe von 25000 Tonnen zum Zollfuß von 20 Mark vereinbart worden. Die Einfuhr von finnischer Butter nach Deutschland betrug bisher ungefähr 5000 Tonnen.

Die Leipziger Herbstmesse eröffnet.

Leipzig. Die Leipziger Herbstmesse, die die kleinere Messe ist und am Sonnabend eröffnet wurde, zählt 7653 Aussteller, von denen 163 auf der Leipziger Messe ausstellen. Aus Deutschland sind 6975 Aussteller, aus dem Ausland 678, aus England 42, aus Frankreich 26, aus Dänemark 22, aus der Schweiz 20. Zusammen mit der Herbstmesse wurde auch die 25. Leipziger Baummesse eröffnet. Aus Anlaß dieses Jubiläums fand eine Festigung statt, bei der der Ausschichtsvorstand der Leipziger Baummesse, Dr. Albert Müller, eine Darstellung der Geschichte der Leipziger Baummesse gab.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 2. bis 15. f. Mts. sind in der Kämmerertasse folgende Steuern zu entrichten:

- a) die Grundvermögenssteuer,
- b) die Hauszinssteuer,
- c) die Gemeindesteuer.

Baruth, den 29. Aug. 1930.
Der Magistrat.

Zwangsversteigerung!

Am **Mittwoch**, den 3. Sept. 1930, nachmittags 3 Uhr, versteigere ich in **Baruth** (Pfandkammer Hotel Beelow) öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung

einige **Hühner und Tauben**
Zeidler,
Gerichtsvollzieher fr. U.

Entlade heute Dienstag und Mittwoch

la Salon-Briketts

(Beste Waggon zum Sommerpreis)

H. LINDE

1 Oberwohnung

(3 Zimmer und Küche) ab 15. 9. bzw. 1. 10. 1930 zu vermieten

Karl Schmorde

Wiese

4 3/4 Morgen groß, neben der fogen. Bullenwiese gelegen, ist vom 1. Okt. d. Jz., auf Jahre hinaus zu verpachten.

August Gütig

Fast neuer

Behrock,

mittlere Größe, ist verkauftlich.

Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Ich warne

hiermit jedermann meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.

Franz Jahn, Rabeland

1a. Weizenmehl, Roggen-, Mais- und Gerstenschrot, Weizenkleie und Roggenkleie

liefert stets in bester Qualität

Otto Blaak
Mühlbesitzer

Rechnungsformulare
empfehlen

Buchdruckerei J. Särchen.

Deutschnationale Volkspartei!

Mittwoch, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr

findet in Ritsche's Hotel (Znh. Emil Waabe) eine

öffentliche Wählerversammlung

statt, in der Herr Reichstagskandidat Wiedemann zur bevorstehenden Reichstagswahl sprechen wird.

Geschäftsverlegung

Den werten Einwohnern von Baruth und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich am **Sonnabend, den 30. August**, mein

Uhren- und Schmuckwarengeschäft

von Hauptstraße 37 nach **Hauptstraße 9** (Haus des Tischlermstr. R. Klar) verlegt habe.

Ich bitte auch weiterhin um gütigen Zuspruch

ADOLF ERNST
Uhrmacher und Optiker

Reichhaltige Auswahl — Neelle Bedienung
Reparaturen gut und billig

Landvolk von Jüterbog-Luckenwalde!

Zum ersten Male will sich das Deutsche Landvolk im Reichstage eine eigene berufsständische Vertretung schaffen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Handwerker und Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte auf dem Lande, überhaupt alle Angehörige und Freunde des Landvolkes wollen als eine Schicksalsgemeinschaft zusammenstehen in der

„Landvolk = Partei!“

In den bisherigen politischen Parteien sind die Interessen des Landvolkes hintenan gestellt und vernachlässigt. Mit seinen bewährten Führern und mit Hindenburg und Schiele will das Landvolk in allen seinen Schichten künftig aktiv an der Reichsregierung teilnehmen und nicht mehr grundfänglich abseits stehen.

Landvolk von Jüterbog-Luckenwalde!

Auch für unseren Kreis hat sich eine Kreisgruppe der „Christlich Nationalen Bauern- und Landvolkpartei“ gebildet. Wir Unterzeichneten fordern auf, unserer Kreisgruppe der Landvolkpartei beizutreten und sich in die unlaufenden Mitgliedslisten einzutragen. Kosten entstehen dadurch nicht. Beitritts-Erklärungen nehmen auch die Unterzeichneten entgegen.

- Umts-Vorst. **Dümichen-Lichterfelde**. Gem.-Vorst. **Andres-Werbig**. Hüfner **Herm. Arndt-Hohengörsdorf**. Rittergutsbes. **Schwietzke-Wahlsdorf**. Kaufmann u. Gastwirt **Strauss-Reinsdorf**. Umts-Vorst. **Schüler-Woltersdorf**. Landwirt **Fritz Schröder-Frantzenfelde**. Güterdirektor **Saage-Reinsdorf**. Schmiedemeister **Mormann-Siepe**. Oberschweizer **Pomorski-Wahlsdorf**. Gutsbesitzer **Paul Bohnstedt-Kaltenhausen**. Saat-zucht-Direktor **Laube-Bettfus**. Gem. Vorst. **Rüllicke-Markendorf**. Landarbeiter **Gust. Lehmann-Siepe**. Umts-Vorst. **Barthold-Dahme (Marf)**.

Kranke - Leidende

Herz-, Nerven-, Nieren-, Magen-, Darm-, Leber-, Blasen-, Hauterkrankungen, Rheuma, Gicht, Ischias, Arterienverkalkung usw. behandle mit guten Erfolgen durch

Homöopathie, Biochemie, Naturheilkunde

(Fläschchen Morgenurin mitbringen)

Sprechstunden: Jeden **Donnerstag** von 9—3 Uhr

Hahn, Heilpraxis, **Goldenerstraße 19** neben Café Hertzschuch (Binger)

Sehr günstiges Angebot in Fehlfarben-Zigarren.

Circa 50 Mille Fehlfarben-Zigarren habe ich zu herabgesetzten Preisen zu verkaufen.

- 10 Pfg. Zigarren mit 7 Mf. bei 100 Stk. Abnahme
- 15 Pfg. " " 10 " " 100 " "
- 20 Pfg. " " 13 " " 100 " "

nur solange der Vorrat reicht.

Carl Mittag Tabakwaren-Großhandel
Golßen Str. 2. Fernsprecher 267

Konkurrenzfähig! Treffen am **Sonntag, den 7. Sept. 1930**, mit einem großen Transport

ostpreussischer hochtragender u. frischmilchender

Kühe und Färsen

in **Neuhof** (Kreis Teltow) ein und stellen dieselben preiswert zum Verkauf.

Heidler, Viehgeschäft, **Neuhof** (Kreis Teltow)
Fernsprecher: Wünsdorf Str. 7

Haben ständig **Ostpreussisches Jungvieh** zu verkaufen,

Günstige Zahlungsbedingungen

Modenschau

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Heim und Gesellschaft

Erscheint monatlich in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung im Umfange von 64 Seiten 34 Seiten Mode 30 Seiten Unterhaltung.

Über 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

Unentbehrlich für Schneiderin zu haben in allen Buchhandlungen.

Lohnzettel sind zu haben in der Buchdruckerei J. Särchen

Über den Parteien Verlag
Die führende nationale Zeitung
Bezugspreis monatlich durch die Post 3 Mark.

Zweckmäßige **Reklame** verbürgt den geschäftlichen **Erfolg**

Jedem sein

Motorrad

Erforderlich: RM. 50.— an Wöchentliche Rate: RM. 5.— an Finanziert werden alle deutschen Marken. Verlangen Sie unsere Broschüre.

Motorrad-Finanzierungs-Reform, Magdeburg, Breiterweg 271
Solvente Vertreter gesucht.

Achtung!

Achtung!

Haben vom **Sonntag, den 7. September 1930** ab

Ostpreussisches Jungvieh, 20 Bullen und Färsen, preiswert zum Verkauf.

Heidler, Viehgeschäft

Neuhof (Kr. Teltow), Fernspr.: Wünsdorf Str. 7

Sozialdemokratische Partei

Mittwoch, den 3. September 1930, 20 Uhr (8 Uhr abends) im Lokal Herte, Hauptstraße

Öffentl. Wählerversammlung

Tagesordnung:

Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referent: Staatsminister a. D. Landrat **Siering**, Nauen, M. d. L.

Wähler und Wählerinnen erscheint recht zahlreich.

Der Einberufer.